

2596

Bezirksamt Lichtenberg von Berlin, 10360 Berlin (Postanschrift)

Geschäftszeichen (bitte angeben)

Fin L

Frau Hänisch

Tel. +49 30 90296-4500

dagmar.haenisch@lichtenberg.berlin.de

elektronische Zugangsöffnung gemäß § 3a Absatz 1 VwVfG

Alt-Friedrichsfelde 60

10315 Berlin

17.12.2025

An den
Vorsitzenden des Hauptausschusses

über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von
Berlin

über
die Senatskanzlei - G Sen -

Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)

Kapitel 9810 -	Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)
Deckungskreis 28 -	BA Lichtenberg für Pauschale Sonstiges
Titel 73013 -	Errichtung eines Bürodienstgebäudes für das BA Lichtenberg auf dem Standort Alt Friedrichsfelde 60, Alfred-Kowalke-Str. 24
NEU Titel 73070 -	Umgestaltung von Büroarbeitsflächen in moderne Arbeitswelten
NEU Titel 73071 -	Instandsetzung Zentralfriedhof Friedrichsfelde
Titel 74073 -	Neubau Lagerplatz Straßenunterhaltung und -aufsicht sowie Revierunterkunft für die Baumkolonne - Am Wasserwerk 21

Antrag auf Zustimmung

- zur Streichung der Maßnahme: Titel 73013 - Errichtung eines Bürodienstgebäudes für das BA Lichtenberg auf dem Standort Alt Friedrichsfelde 60, Alfred-Kowalke-Str. 24 und
- Umwidmung der freigewordenen Mittel für zwei neue Maßnahmen im Bezirk
 - a) Umgestaltung von Büroarbeitsflächen in moderne Arbeitswelten
 - b) Instandsetzung Zentralfriedhof Friedrichsfelde sowie
- Umwidmung der freigewordenen Mittel in die Maßnahme: Titel 74073 - Neubau Lagerplatz Straßenunterhaltung und -aufsicht sowie Revierunterkunft für die Baumkolonne - Am Wasserwerk 21

Ansatz zu Titel 73013:

abgelaufenes Haushaltsjahr (Ansatz 2018):	20.661.000,00 €
laufendes Haushaltsjahr (fortgeschriebenes Soll):	20.354.701,20 €
kommendes Haushaltsjahr:	0,00 €
Ist der abgelaufenen Haushaltsjahre:	0,00 €
Verfügungsbeschränkungen:	20.352.523,15 €
Aktuelles Ist (Stand: 17.12.2025):	0,00 €

Ansatz zu Titel 74073:

abgelaufenes Haushaltsjahr (Ansatz 2025):	8.000.000,00 €
laufendes Haushaltsjahr (fortgeschriebenes Soll):	8.000.000,00 €
kommendes Haushaltsjahr:	0,00 €
Ist der abgelaufenen Haushaltsjahre:	0,00 €
Verfügungsbeschränkungen:	7.989.943,13 €
Aktuelles Ist (Stand: 17.12.2025):	9.440,10 €

Vorbemerkungen:

Gemäß § 4a Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt und Errichtung eines Nachhaltigkeitsfonds (SIWA ErrichtungsG) entscheidet der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses auf Vorschlag des Senats über die Mittelverwendung für Maßnahmen nach § 2 Absatz 1 SIWA ErrichtungsG.

Beschlussempfehlung:

Der Hauptausschuss stimmt der Streichung der Maßnahme „Errichtung eines Bürodienstgebäudes für das BA Lichtenberg auf dem Standort Alt Friedrichsfelde 60, Alfred-Kowalke-Str. 24“ in Höhe von 20.354.701,20 € bei Kapitel 9810 Titel 73013 - aus dem SIWA IV zu.

Ferner stimmt der Hauptausschuss der Einrichtung der neuen Titel 73070 - Umgestaltung von Büroarbeitsflächen in moderne Arbeitswelten und Titel 73071 - Instandsetzung Zentralfriedhof Friedrichsfelde sowie der Umwidmung der freigewordenen Mittel bei Titel 73013 zu Gunsten der

- Titel 73070- Umgestaltung von Büroarbeitsflächen in moderne Arbeitswelten in Höhe von 7.000.000 €,
- Titel 73071 - Instandsetzung Zentralfriedhof Friedrichsfelde in Höhe von 6.984.000 € und des
- Titels 74073 - Neubau Lagerplatz Straßenunterhaltung und -aufsicht sowie Revierunterkunft für die Baumkolonne - Am Wasserwerk 21 in Höhe von 4.090.000 €

zu.

Hierzu wird berichtet

A. Titel 73013 - Errichtung eines Bürodienstgebäudes für das BA Lichtenberg auf dem Standort Alt Friedrichsfelde 60, Alfred-Kowalke-Str. 24

Die Maßnahme „Errichtung eines Bürodienstgebäudes für das BA Lichtenberg auf dem Standort Alt Friedrichsfelde 60, Alfred-Kowalke-Str. 24“ wurde in 2018 mit Gesamtkosten in Höhe von 20.661.000 € im SIWA IV veranschlagt.

In den Jahren 2018 bis 2022 wurden Planungsleistungen für die Erstellung eines Bedarfsprogramms sowie für die Durchführung eines Realisierungswettbewerbes im Umfang von 306.298,80 € verausgabt. Die Kosten für das Projekt stiegen inkl. baupreisbedingter Steigerungen auf rd. 32.544.000 € (Stand 08/2023 bzw. fortgeschriebene rd. 32.711.000 € im II. Quartal 2025), die nicht ausfinanziert sind.

Im Zuge weiterer Überlegungen zur Umsetzung der Maßnahme wurde ersichtlich, dass wesentliche Begründungssachverhalte, vor allem die Erweiterung der vorhandenen Büroflächen auf Grund einer anwachsenden Beschäftigtenzahl für die ursprüngliche Bedarfsermittlung entfallen sind und die neuen Gesamtkosten nunmehr die ursprünglich kalkulierten Gesamtkosten übersteigen.

Unter Würdigung der aktuellen Ausgangslage und der erwarteten Entwicklungen und Trends hat der Bezirk Lichtenberg den Bedarf an einem Bürogebäudeneubau am Standort Alt-Friedrichsfelde 60 geprüft und verzichtet im Ergebnis auf diese Maßnahme.

B. NEU Titel 73070 „Umgestaltung von Büroarbeitsflächen in moderne Arbeitswelten“

Im Bezirksamt Lichtenberg steigt der Bedarf an modernen Arbeitsumgebungen. Mitarbeitende wünschen sich mehr Selbstverantwortung, Sinnhaftigkeit und ein Umfeld, das Konzentration, Flexibilität und Austausch gleichermaßen ermöglicht. Zugleich befindet sich die Arbeitswelt im Wandel. Digitalisierung, Fachkräftemangel, neue Lebensmodelle und veränderte Erwartungen an Führung und Zusammenarbeit stellen klassische Strukturen zunehmend in Frage. New Work steht für die Chance, diesen Wandel aktiv zu gestalten, mit modernen Arbeitsformen, bedarfsgerechten Raumkonzepten und einer Kultur, die Vertrauen, Beteiligung und Zusammenarbeit fördert.

Um zu identifizieren, wie eine moderne Verwaltung bezüglich Arbeitsräume, digitale Ausstattung und Organisationskultur für verschiedene Aufgabenbereiche konkret aussehen kann sowie das Bezirksamt zu befähigen, entsprechende Change-Prozesse selbst durchzuführen, hat das Bezirksamt Lichtenberg ein Projekt mit dem Titel „Implementierung moderner Arbeitsumgebungen im Bezirksamt Lichtenberg von Berlin: Durchführen von Changeprozessen mit den Beschäftigten in ausgewählten Arbeitsbereichen“ seit dem IV. Quartal 2024 mit Unterstützung eines externen Dienstleisters durchgeführt. Die Arbeitsergebnisse liegen inzwischen vor. Folgende Eckpunkte aus diesem Prozess sind bezüglich der Raumkonzepte festzustellen:

1. Es wurden 5 Pilotbereiche mit insgesamt 117 Beschäftigten ausgewählt, die sich deutlich in ihren Aufgaben, Teamstrukturen, Publikumsverkehr, Arbeitsweisen und kulturellen Prägungen unterscheiden und damit die Vielfalt innerhalb der Verwaltung aufzeigen:
 - a. Jugendamt, Teilhabefachdienst mit 12 Beschäftigten
 - b. Jugendamt, Jugend- und Familienförderung mit 12 Beschäftigten
 - c. Amt für Soziales, Gruppe 47 (Asylbewerberleistungsgesetz) mit 12 Beschäftigten
 - d. Steuerungsdienst und SE Finanzen mit 40 Beschäftigten
 - e. Amt für regionalisierte Ordnungsaufgaben mit 41 Beschäftigten
2. Gemeinsamkeiten der Piloten sind:
 - a. Rückzugsorte, geeignete Besprechungsräume, Kreativräume und Begegnungszonen fehlen. Die bestehenden Flächen bieten kaum Möglichkeiten für Differenzierung, Zonenbildung und visuelle Struktur.
 - b. Bürger:innen benennen als zentrale Kritikpunkte die mangelnde Vertraulichkeit bei Beratungsgesprächen, einen wenig einladenden Wartebereich und eine unangenehme Akustik.
 - c. Desksharing und Home Office sind oftmals bereits geübte Praxis, werden aber in den vorhandenen Rahmenbedingungen auch skeptisch betrachtet und erfordern neben einer angepassten Raumstruktur klare Regeln, ein Raumbuchungstool und stabile technische Lösungen für hybride Zusammenarbeit.
 - d. Führungskräfte verlieren ihren Anspruch auf Einzelarbeitsplätze. Im Durchschnitt über alle Piloten wird die Anzahl der Arbeitsplätze auf 70% reduziert. So entstehen Flächenpotenziale für Rückzug, Beratung, Besprechung und Begegnung.
 - e. Die Piloten arbeiten bereits innerhalb der ALLA Raum-Vorgaben. Verdichtung war demzufolge nicht Gegenstand des aktuellen Prozesses.
3. Die Piloten unterscheiden sich dagegen bezüglich ihrer Arbeitsformen. So gibt es Bereiche mit ausschließlichen Back Office-Arbeitsweisen ohne Kundenkontakt bis hin zu Bereichen mit intensivem Kundenkontakt, sogar oft in emotional belastenden Situationen und daraus folgend Bedarf an Diskretion, Schutz und vertrauensbildender Atmosphäre.

Die Umsetzung der Projektergebnisse hat begonnen. Deutlich ist, dass ohne bauliche Veränderungen, angepasste Möblierungen und zuverlässiger Technik auch eine optimierte Zusammenarbeit und vertrauensbasierte Führung eine zukunftsfähige Arbeitskultur allein nicht hervorbringen kann.

Für die fünf vorgenannten Pilotbereiche beabsichtigt der Bezirk, die Umsetzung selbst im Umfang von bis zu 500.000 €, insbesondere für bauliche Anpassungen und angepasste Möblierungen zu finanzieren. Die Einbindung der BIM als Vermieter am Standort Alt Friedrichsfelde 60 für die Pilotbereiche 1c) bis 1e) ist erfolgt. Aus dem Einzelplan 25 soll die Umsetzung der one device-Strategie finanziert werden, die für die fünf Pilotbereiche prioritär umgesetzt werden soll. Schließlich wird ein Raumbuchungstool benötigt, Schließsysteme sind anzupassen und die telefonische Erreichbarkeit ist abzusichern, primär über Softphone. Letztendlich braucht es ein neues Leitsystem zur Orientierung und Zonierung.

Die Bezirksverwaltung besteht aus 2.259 Beschäftigten, davon sind aktuell 1.740 Beschäftigte in den Bürodienstgebäudestandorten untergebracht. Für diese Beschäftigten müssen absehbar New Work-Konzepte unter Beachtung der Flächenverbrauchsvorgaben gem. Auflagenbeschluss zum Haushaltsgesetz 2026/27 erarbeitet und umgesetzt werden, um die Bezirksverwaltung zukunftsfähig aufzustellen. Die organisatorische und prozessuale Begleitung wird durch 3 zusätzliche VzÄ aus der Personalverstärkung der AG Ressourcensteuerung abgesichert. Der Steuerungsdienst (Change-Management) und die SE Facility Management (Objekt- und Baumanagement) bauen so ihre Unterstützungskapazitäten für die OE aus. Die Teilnahme an TOM Bezirke und die Mitwirkung bei TOM Berlin hilft bei der übergreifenden Vernetzung und dem Lernen von Best-Practice-Beispielen. Offen ist jedoch die Finanzierung des Roll-Outs auf alle Organisationseinheiten des Bezirks. Dies wird der Bezirk Lichtenberg nicht aus eigener Kraft stemmen können.

Finanzierung

Obwohl die konkreten finanziellen Bedarfe aus dem Pilotprojekt noch nicht abschließend quantifiziert werden können, geht der Bezirk Lichtenberg davon aus, dass pro Beschäftigtem durchschnittlich 4.000 € bis 4.500 € für die Realisierung moderner Arbeitswelten aufgewendet werden müssen (Baumaßnahmen, neue bzw. ergänzende Möblierung, Umzüge, Schließsysteme, Türschilder, Buchungssysteme usw.). Daraus resultiert ein Finanzmittelbedarf von rund 7.000.000 €.

C. NEU Titel 73071 „Instandsetzung Zentralfriedhof Friedrichsfelde“

Auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde stehen drei Gebäude, die dringend grundhaft saniert werden müssen. Dabei handelt es sich um

- 1) die Sanierung der Feierhalle,
- 2) die Instandsetzung des Verwaltungsgebäudes und
- 3) das Pfortnergebäude.

Weiterhin soll ein barrierefreier Zugang zur Gedenkstätte der Sozialisten geschaffen werden. Die Gedenkstätte der Sozialisten auf dem Zentralfriedhof ist für geheingeschränkte und rollstuhlfahrende Personen derzeit nicht erreichbar. Dazu müssen zum einen eine Rampe aus Metall zur ersten Ebene und von der ersten zur zweiten Ebene ein Plattformlift gebaut werden. Zudem müssen landschaftsbauliche Maßnahmen umgesetzt werden.

Für die drei Maßnahmen liegt eine Machbarkeitsstudie vom 12.11.2024 vor, welche Aussagen zu verschiedenen Varianten und den dazugehörigen geschätzten Kosten unter besonderer Berücksichtigung der künftigen Nutzung sowie der Senkung der Betriebskosten beinhaltet. Die Machbarkeitsstudie wurde ohne Bausubstanzuntersuchungen angefertigt. Daraus folgt ein höheres Kostenrisiko, welches neben Baupreissteigerungen ebenfalls berücksichtigt wurde.

Für die Sanierung aller drei Gebäude ist es für den Funktionserhalt des laufenden Betriebes zwingend notwendig, ein Ausweichquartier für die Bauzeit zu schaffen. Dies, sowie die notwendigen begleitenden Arbeiten in den Außenanlagen im Zusammenhang mit der Baustelle und den temporären Bauten, wurde in der Machbarkeitsstudie noch nicht berücksichtigt. Verwaltungsräume und Pförtnerloge könnten für die Bauzeit in einfachen Containern untergebracht werden. Für die Feierhalle ist es jedoch erforderlich, dass ein temporärer Bau mit einer entsprechend festlichen und pietätvollen Anmutung gestellt wird, der einen angemessenen Rahmen für Trauerfeiern bietet (z.B. Membranbau oder Modul-Glasbauweise o.ä.).

Die weitere Planung sieht vor, das Regelverfahren mit VPU und BPU zu durchlaufen, um mit diesen Verfahrensschritten weitere Kostensicherheit zu generieren.

Zu den Maßnahmen im Einzelnen:

1) Sanierung der Feierhalle

Das Gebäude und insbesondere das Kellergeschoss befinden sich in einem maroden Zustand. Bei den Begehungen im Zuge der Machbarkeitsstudie wurden diverse gravierende Mängel der Bausubstanz aufgezeigt. Die Abdichtung im Untergeschoss ist unzureichend. Besonders entlang der westlichen Kellerwand kommt es immer wieder zu Wassereinbrüchen und damit zu einer deutlichen Feuchtigkeitsentwicklung mit einhergehender Beschädigung der Bausubstanz und großflächigen Schimmelbildungen im Keller.

Die Dachhaut bestand aus einer Pappdeckung mit Pappschindeln und war über Jahre teilweise rissig und wurde immer wieder provisorisch abgedichtet. Es ist viel Feuchtigkeit in die Gesimse und das darunterliegende Mauerwerk/Fassade eingedrungen, die nun „ausblühen“. Das Hauptdach und die Dächer der Seitenbauten wurden in der Machbarkeitsstudie ebenfalls als dringend sanierungsbedürftig eingestuft, da starker Feuchtigkeitseintrag bis zu verfaulten Konstruktionshölzern festgestellt worden ist. Aufgrund des Zustands des Gebäudes ist es erforderlich, schnellstmöglich eine komplette Gebäudesanierung vorzunehmen, um das Gebäude und dessen Funktion zu erhalten.

Die Feierhalle wird in die Energieeffizienzklasse H eingestuft und wird derzeit mit einem Heizölkessel und teilweise mit überholten Radiatoren im Erdgeschoss und in Bereichen des Obergeschosses beheizt. Die gesamte Feierhalle soll saniert und zudem mit erneuerbarer Primärenergie ausgestattet und über eine Luft-Wasser-Wärmepumpe beheizt werden.

2) Instandsetzung des Verwaltungsgebäudes

Das Nutzungspotenzial des Verwaltungsgebäudes ist nicht ausgeschöpft, weil das Dachgeschoss nicht ausgebaut ist und sich die Räume in einem sehr schlechten Zustand befinden. Dies kann nur durch eine grundhafte Sanierung geändert werden, die die benötigten Funktionen sinnvoll berücksichtigt. Sowohl das Dach als auch die Fassade, die Heiz- und Regelungstechnik sowie die gesamte Elektroinstallation entsprechen nicht mehr dem derzeitigen Stand der Technik und müssen komplett erneuert werden.

Das Ziel der Instandsetzung ist das Nutzungspotenzial voll auszuschöpfen, die Betriebskosten zu senken und gleichzeitig die Einnahmen zu erhöhen. Dazu soll die Friedhofsverwaltung, die derzeit im Dienstgebäude Alt-Friedrichsfelde 60 untergebracht ist, nach der Instandsetzung im Verwaltungsgebäude untergebracht werden. Zudem sollen ein Raum und eine Küche für Trauerfeiern sowie ein Raum zur Vermietung an Bestattungsunternehmen hergerichtet werden, was ebenfalls zu einer Erhöhung der Einnahmen führen wird. Eine entsprechende Nachfrage ist vorhanden.

Durch Dämmungsmaßnahmen und moderner Steuerungs- und Regelungstechnik soll die Energieeffizienz des Gebäudes (zur Zeit G-H) verbessert und im Ergebnis die Betriebskosten gesenkt werden.

3) Sanierung des Pförtnergebäudes

Das Pförtnergebäude befindet sich in einem sehr schlechten baulichen Zustand. Die Decken sind massiv und als Steindecken errichtet. Die dafür erforderlichen Stahlträger sind stark angerostet, die Deckenkonstruktion ist in Teilbereichen baufällig. Das Dach wurde nur mit einer einfachen Bitumenfolie abgedichtet. Außenfenster und -türen sind nicht mehr Stand der Technik und müssen ersetzt werden. Die Haustechnik ist gleichermaßen veraltet.

Die vorliegende Machbarkeitsstudie empfiehlt, das Pförtnergebäude umfänglich instand zu setzen und mit einem Anbau für einen Blumenladen zu kombinieren. Die Sanierungsmaßnahme wird die Betriebskosten senken und gleichzeitig durch eine Vermietung die Einnahmen erhöhen.

Finanzierung

Der Kostenermittlung liegt der Kostenrahmen aus der Machbarkeitsstudie vom 12.11.2024 zugrunde. Aufgrund des frühen Planungsstadiums werden diese Kosten mit Risikozuschlägen beaufschlagt. Die Fertigstellung aller drei Maßnahmen ist für 2029 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten sich die Gesamtkosten aufgrund der Baupreissteigerung erhöhen. Die resultierenden Gesamtkosten stellen damit den Finanzierungsbedarf in Höhe von 6.984.000 € dar.

Sanierung der Feierhalle	4.350.000 €
Sanierung des Verwaltungsgebäudes	1.400.000 €
Sanierung Pförtnergebäude	800.000 €
Barrierefreier Zugang zur Gedenkstätte der Sozialisten auf dem Zentralfriedhof	434.000 €
Gesamtkosten	6.984.000 €

Die Gesamtkosten der Maßnahme werden auf 6.984.000 € begrenzt. Diese sind als Baukostenobergrenze einzuhalten. Eine Kostenminderung wird angestrebt. Eine (bezirkliche) Kofinanzierung ist auszuschließen.

D. Titel 74073 - Neubau Lagerplatz Straßenunterhaltung und -aufsicht sowie Revierunterkunft für die Baumkolonne - Am Wasserwerk 21

Mit HA-Beschluss Rote Nummer 2285 erfolgte die Zustimmung zur Streichung der Maßnahme „Errichtung einer Stadtteilbibliothek, Wartenberger Straße 175, 13053 Berlin“ (Kapitel 9810 Titel 74008) und Umwidmung der freigewordenen Mittel in Höhe von 8.000.000 € zu Gunsten der Maßnahme „Neubau Lagerplatz Straßenunterhaltung und -aufsicht sowie Neubau Revierunterkunft für die Baumkolonne - Am Wasserwerk 21“ (Kapitel 9810 Titel 74073).

Auf dem Grundstück Am Wasserwerk 21 wird der Lagerplatz des Fachbereichs Straßenunterhaltung und -aufsicht des Straßen- und Grünflächenamtes (nachfolgend: SGA) und eine neue Unterkunft für die bezirkseigene Baumkolonne (ebenfalls SGA) mitsamt der notwendigen Technik, Werkstatt und Arbeitsplätzen für die Baumkontrolleure untergebracht.

Durch die Entwicklung der Baupreise entstehen Mehrbedarfe in Höhe von 830.000 €.

Darüber hinaus soll das ursprünglich aufgrund der bisherigen Kostenobergrenze gestrichene eingeschossige Werkstattgebäude mit Lagerräumen, Computerarbeitsplatz und WC wieder in die Maßnahme integriert werden. In der Werkstatt sollen für temporäre Straßenbeschilderungen Schilder sowohl für die Baumkolonne als auch für die Straßenunterhaltung und -aufsicht montiert werden. Zudem sollen dort Arbeitsgeräte, wie z.B. die Motorsägen der Baumkolonne gewartet und repariert sowie Arbeitsmaterialien und Kraft- und Schmierstoffe gelagert werden.

Beide geplanten Gebäude sollen in Holzständerbauweise und mit elementierter Vorhangsfassade erstellt werden. Das Hauptgebäude erhält ein ausgebautes Spitzdach, das Werkstattgebäude ein extensiv begrüntes Flachdach. Beide Dächer sollen zudem PV-Anlagen erhalten. Eine Unterkellerung ist nicht vorgesehen.

Finanzierung

Die Gesamtkosten stellen sich wie nachfolgend dargestellt zusammen (Stand: ungeprüfte Vorplanungsunterlage). Die Fertigstellung der Maßnahme ist für 2030 vorgesehen. Bis zu diesem Zeitpunkt werden sich die Gesamtkosten baupreisbedingt erhöhen. Die resultierenden Gesamtkosten stellen damit den Finanzierungsbedarf in Höhe von weiteren 4.090.000 € dar:

Unterkunftsgebäude	8.830.000 €
Werkstattgebäude	3.260.000 €
<hr/>	
Gesamtkosten	12.090.000 €
Bislang im SIWA veranschlagt (9810/74073)	8.000.000 €
Verbleibender Finanzbedarf	4.090.000 €

Die Gesamtkosten der Maßnahme werden damit auf 12.090.000 € begrenzt. Diese sind als Baukostenobergrenze einzuhalten. Eine Kostenminderung wird angestrebt. Eine (bezirkliche) Kofinanzierung ist auszuschließen.

Finanzierung aller Maßnahmen

Für die Umwidmung der freiwerdenden Mittel durch die Streichung der Maßnahme Titel 73013 - Errichtung eines Bürodienstgebäudes für das BA Lichtenberg auf dem Standort Alt Friedrichsfelde 60, Alfred-Kowalke-Str. 24 in zwei neue bezirkliche Maßnahmen sowie die Aufstockung der Maßnahme Titel 74073 - Neubau Lagerplatz Straßenunterhaltung und -aufsicht sowie Revierunterkunft für die Baumkolonne - Am Wasserwerk 21 werden Mittel in Höhe von insgesamt 18.074.000 € benötigt.

Die verbleibenden Mittel in Höhe von 2.280.701,20 € werden der Verstärkungsreserve zugeführt.

Gesamtüberblick über die betroffenen SIWA-Titel:

lfd. Nr.	Titel	Maßnahme	Finanzmittelbedarfe in €
A.	73013	Wegfall der Maßnahme „Errichtung eines Bürodienstgebäudes für das BA Lichtenberg auf dem Standort Alt-Friedrichsfelde 60, Alfred-Kowalke-Straße 24“	- 20.354.701,20
B.	73070	Bewilligung der Maßnahme „Umgestaltung von Büroarbeitsflächen in moderne Arbeitswelten“	+ 7.000.000,00
C.	73071	Bewilligung der Maßnahme „Instandsetzung Zentralfriedhof Friedrichsfelde“	+ 6.984.000,00
D.	74073	Aufstockung der Maßnahme „Neubau Lagerplatz Straßenunterhaltung und -aufsicht sowie Revierunterkunft für die Baumkolonne - Am Wasserwerk 21“ (9810/74073)	+4.090.000,00
		Verbleibende Mittel für die Verstärkungsreserve	2.280.701,20
		Gesamtsumme	0,00

Das SIWA-Lenkungsgremium hat der Streichung sowie der Mittelumwidmung in seiner Sitzung am 03.11.2025 zugestimmt.

Die Senatsverwaltung für Finanzen hat ihre Mitzeichnung erklärt.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Schaefer
Bezirksbürgermeister